

Kopftuchverbot an Kitas und Schulen auch in Deutschland?

Das Parlament in Österreich hat mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ ein Verbot von Kopftüchern an Grundschulen geschlossen. Eltern, die ihr Kind mit Kopftuch in die Schule schicken, drohen 440 Euro Strafe. Damit hat Österreich wieder eine Vorreiterrolle eingenommen.

Demnächst könnte es in deutschen Grundschulen und Kitas zu einer Prüfung von einem Kopftuchverbot für Kinder kommen. Das fordert zumindest Annette Widmann-Mauz, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Damit wird nun auch endlich in Deutschland thematisiert, was in Österreich bereits umgesetzt wurde und von uns Republikanern bereits seit Jahrzehnten gefordert wird.

In Deutschland tritt laut Gesetz mit dem 14. Geburtstag die sogenannte Religionsmündigkeit ein. Vorher könnten Mädchen nicht selbstbestimmt entscheiden, ob sie das Kopftuch tragen wollen.

Geplantes Verbot Messer im öffentlichen Raum mitzuführen

Jeder fünfte Jugendliche trägt ein Messer mit sich. Teilweise gehören Waffen inzwischen zur Standardausrüstung, wenn es am Wochenende in die Partymeilen der Städte geht.

Im Bundesrat ist jetzt ein Vorstoß gegen das Mitführen feststehender Messer im öffentlichen Raum beraten und diskutiert worden. Der Gesetzesvorstoß der Länder Niedersachsen und Bremen sieht dies für Messer mit einer Klingenlänge von mehr als sechs Zentimetern sowie für alle Springmesser vor. Zudem soll die Möglichkeit geschaffen werden, das Tragen von Waffen und Messern an bestimmten öffentlichen Plätzen grundsätzlich zu verbieten. Studien zufolge trägt inzwischen jeder fünfte Jugendliche ein Messer mit sich, entweder zur Verteidigung



Tiere müssen als Mitgeschöpfe geachtet und vor Grausamkeiten geschützt werden. Artgerechte Pflege und Haltung durch Privatpersonen, Gewerbe und in der Landwirtschaft, ist Grundvoraussetzung für Tierhaltung überhaupt. Deshalb: Keinerlei Wildtiere im Zirkus, keine Delphinshows oder Vergleichbares. Verbot der Anbindehaltung von Pferden, Schweinen und Kälbern. Kein Zwangsmästen, keine brutalen Massentötungen, kein Rupfen bei lebendigem Leibe. Verbot widernatürlichen Massentierhaltung.

oder um andere zu bedrohen. Auch wird inzwischen erkannt, dass es das berechnete Gefühl gibt, dass die Lage auf unseren Straßen unsicherer wird. Warum das so ist und weshalb dabei Messer eine besondere Rolle spielen wird jedoch nicht verstanden oder thematisiert.

Der Gesetzentwurf sieht vor, Ausnahmen von dem bereits bestehenden Verbot für das Mitführen von Springmessern abzuschaffen und beim Verbot feststehender Messer die Vorgabe für die Klingenlänge von zwölf auf sechs Zentimeter zu verkürzen.

Waffenverbotszonen sollen Behörden an Orten mit vielen Menschen auf engem Raum, etwa in Fußgängerzonen, Einkaufszentren, öffentlichen Verkehrsmitteln oder im Umfeld von Kindergärten

TV-Polizist sagt, was Millionen Deutsche denken

Als TV-Polizist „Toto“ wurde der Bochumer Hauptkommissar Heim bekannt. Jetzt wird ihm vorgeworfen, gegen das Mäßigungsgebot für Beamte verstoßen zu haben. Anlass ist ein Video, das am vergangenen Sonntag bei Facebook veröffentlicht wurde und Heim bei einem Auftritt auf einem Trucker-Fest in Thüringen zeigt. In dem Video ist zu sehen, wie der Polizist zuerst die religiöse Freiheit in Deutschland lobt: „Wir bauen Synagogen, wir bauen Minarette. Aber wer sich hier nicht benehmen kann, der hat auch kein Aufenthaltsrecht.“ Dann fährt Heim fort: „Es wird nicht gleichbehandelt und das fällt den meisten Menschen ja auf.“ Er fühle sich „belogen und betrogen“. Weiter sagte er: „Gerade ich als Polizeibeamter, der sich 30 Jahre mit linken Zecken rumärgern muss, aber das ist halb so wild.“ Und weiter: „Aber wenn einer mal ein bisschen deutsch sagt, ist er rechtsradikal oder Rassist.“

Damit spricht Heim aus, was in Millionen Menschen in Deutschland denken.

und Schulen einrichten können. Bisher für solche Verbote bestehende Hürden sollen abgebaut werden. So soll es keine Voraussetzung mehr sein, dass dort bereits Straftaten stattgefunden haben. Vielmehr sollen die Behörden auch präventiv tätig werden können.

Dabei wäre es im Vorfeld sinnvoll gewesen die Personengruppen genauer zu betrachten, die auffallend häufig Messer mit sich führen und auch bereit sind diese im Konfliktfall einzusetzen. Experten sollen jetzt erst an einer bundesweiten Erfassung von Übergriffen mit Klängen arbeiten, denn diese gibt es bisher nur in Niedersachsen. Die Umsetzung dürfte laut Bundeskriminalamt jedoch mehrere Jahre dauern.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Republikaner wehren sich gegen Angriffe der SPD

Die Republikaner treten in allen 13 Wahlkreisen des Landkreises Esslingen wieder zur Wahl an und haben hierfür 31 Kandidaten aufgestellt. Bereits bei einer Pressekonferenz in Wendlingen hat der REP-Kreisrat, Kreisvorsitzende und frühere Landtagsabgeordnete Deuschle das umfangreiche Wahlprogramm der Republikaner präsentiert. Im Zuge des laufenden Wahlkampfes wettern nunmehr Vertreter der SPD medial gegen unsere Partei und wollen sich als selbsternanntes Bollwerk gegen rechts wählbarer machen.

Kreisrat Ulrich Deuschle verwahrt sich gegen die verbalen Angriffe seitens der SPD. Die Republikaner im Kreistag nähmen die Herausforderung durch den Landtagsabgeordneten und Kreisrat Nicolas Fink an, sagt Kreisrat Ulrich Deuschle in einer Pressemitteilung. Fink habe in einer Pressekonferenz der SPD-Kreistagsfraktion mit Blick auf die Republikaner als „Bollwerk gegen rechts außen“ bezeichnet und gesagt: „Als SPD sehen wir uns in einer besonderen Verantwortung, sich gegen rechts außen zu stemmen.“ In der Esslinger Zeitung wird sein Bollwerk wie folgt definiert: „AfD und REP werden in der SPD einen entschiedenen Gegner finden.“ Man dürfe nicht zulassen, dass die Rechten, die ein anderes System wollten, mit den Mitteln der Demokratie der Demokratie schade.

Deuschle führte nach den Angriffen weiter aus, dass die SPD seit Jahren die Verschuldungspolitik des Landkreises mittrage und zusätzlich für einen Neubau des Landratsamtes mit heute schon geschätzten Kosten von 168 Millionen Euro in Zeiten einer Bauhochkonjunktur einträte. Die Republikaner wollten dagegen eine solide und nachhaltige Finanzpolitik und eine Sanierung des erst 40 Jahre alten Landratsamtes.

Die Stärkung von Industrie, Handwerk und Gewerbe als Grundlage des Wohlstands und die Sicherung der Arbeitsplätze sei ein weiteres Anliegen der Partei. Die Arbeitsplätze in der Auto- und Zulieferindustrie und beim Kfz-Gewerbe dürften nicht durch eine Politik gegen das Auto, egal ob mit Diesel- oder Otto-Motor aufs Spiel gesetzt werden. Das schnelle Internet für Gewerbe und Privathaushalte sei in allen Teilen des Kreises Esslingen auszubauen. Dabei dürften die ländlicheren Teile nicht abgehängt werden. Die Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben, Streu-obstwiesen und regionaler und lokaler Vermarktung von Lebensmitteln sei ein weiteres Anliegen. Beim Verkehr solle der Öffentliche Personennahverkehr nur dort ausgebaut werden, wo es sinnvoll ist.

Ein deutliches Zeichen können die Wähler am 26. Mai im Landkreis Esslingen setzen und die Altparteien nicht nur abstrafen, sondern durch ihre Stimmabgabe für die Republikaner den Wiedereinzug einer echten Alternative ermöglichen, die sich über Jahrzehnte bereits bewährt hat.

REP Lüchow-Dannenberg stellen Sicherheitskonzept vor

Die Republikaner in Lüchow-Dannenberg legen Ihr aktuelles Sicherheitskonzept vor. Zum einen wird eine Neuausrichtung der polizeilichen Arbeit im Kreis gefordert. Um den Bürgerinnen und Bürgern ein zufriedenstellendes Sicherheitsniveau zu gewährleisten, forcieren die REP im Wendland auch den Einsatz privater Securitydienste. Im Detail fordert der Kreisbeauftragte Lars Fintelmann u.a.

Die Aufstockung von Polizeikräften. Die Anzahl der im Dienst befindlichen Polizisten muss deutlich erhöht werden, um den Einwohnern des Landkreises ein ausreichendes Maß an gesellschaftlicher Stabilität teilwerden zu lassen (vermehrte Einbrüche, Jugendproblematik an den Busbahnhöfen). Mit der Erhöhung des Personalpools muss auch eine Aufstockung der Fahrzeugflotte einhergehen. Vor allem in den Nachtstunden sollte eine signifikante Anzahl an PKW-Streifen im Kreisgebiet unterwegs sein.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Informieren Sie sich jetzt:

DIE REPUBLIKANER (REP), Bundesverband, Pf. 140407, 40074 Düsseldorf, Email: kontakt@rep.de

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein

Ich möchte weitere Informationen

Ich möchte Mitglied werden

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen, unter anderem am 19.05 in Wiesental, um 10.00 Uhr und am 14.05., Bruchsal, um 18.00 Uhr. Informationen unter:725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.